

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 208

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postamt abgeholt 4,50 Mk. durch die Boten 4,90, durch den Besteller frei ins Haus gebracht 4,92 Mark.

Halver

Samstag, den 6. Sept. 1919.

Anzeigen: Für die einpaltige Zeitungszeile oder deren Raum 25 Hg. — Jede Nachbesserung wird täglich bis zum zwanzigsten Tage vor dem Druck.

19. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die gesamte Arbeiterschaft im Elsass droht angesichts der geplanten Ausweisung von deutschen Arbeitern durch die Franzosen mit dem Generalstreik.
- Als letzten Termin für Ablieferung von Frühgemüse gilt der 9. September.
- In Köln haben Beratungen mit den Ententevertretern begonnen, um die tägliche Rückbeförderung von 19.000 Gefangenen zu ermöglichen.
- Nach einer noch unbestätigten Meldung aus Warschau soll die Entente beschließen, Oberbesien alsbald durch ihre Truppen zwecks Abstimmung besetzen zu lassen.
- Die russische Regierung hat sich an die einflussreiche Regierung mit Friedensvorschlägen auf Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit Elssands gewandt.
- Die russischen Bolschewiken verbreiten die Nachricht, daß sie Kiew wieder zurückerobert und Tobolsk genommen hätten.

Die in die Fremde gehen.

Ein ernstes und trauriges Problem für Deutschland ist die Auswanderungsfrage. Deutschland ist arm geworden, die Erwerbsmöglichkeiten für seine Angehörigen haben sich vermindert, es kann nicht mehr alle seine Kinder ernähren. Es muß damit rechnen, viele Tausende, Hunderttausende scheiden zu sehen, die ihr Lebensschicksal nach fremden Gestirnen steuern, wo sie Arbeit, Verdienst und Brot zu finden hoffen. Der deutsche Auswanderer war nach 1871 fast völlig verschwunden. Jetzt taucht er wieder auf. Er wartet nur noch auf das Fallen der Sperrschranken, die auch nach Aufhebung der Blockade um Deutschland noch aufgerichtet sind.

Doch das Fallen der Sperrschranken allein genügt nicht, es muß auch der Haß gegen Deutschland zu Boden sinken. Jeder Einwanderer ist im neuen Land ein Fremder, der von den Einheimischen zunächst mit Mißtrauen betrachtet wird. Viele Jahre noch bleibt er ein Fremdling. Wie schwer werden es Einwanderer haben, die einem Volk angehören, das in der ganzen Welt als barbarisch verachtet und dem die Kleinschuld an den entsetzlichen Opfern des Weltkrieges zugeschoben wird! Der deutsche Auswanderer wird in der Fremde doppelt und dreifach an der Last der „Schuldskatzen“ seines Vaterlandes zu tragen haben, ohne daß dieses ihn schützen kann; denn er ist der Bürger eines niedergedrückten, unter Joch gedrückten Staates. Das wissen auch die Fremden, bei denen er Unterkommen sucht!

Unsere Auswanderer werden Länder aufsuchen müssen, in denen sie mit möglichst wenig Haß und Verachtung aufgenommen werden. Sie werden am besten in größeren Gruppen die Fremde aufsuchen, um dort sofort eigene deutsche Kolonien bilden zu können, in denen einer für alle und alle für einen stehen. Der Hauptstrom dürfte sich nach Argentinien richten, in dem schon lange deutscher Fleiß und deutsche Arbeitskraft geschätzt werden.

Früher waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Zuflucht der auswandernden Deutschen. Das wird jetzt aufhören. Dem amerikanischen Senat liegt nämlich ein Einwanderungsgezet vor, wonach alle Einwanderer Bässe haben müssen, die von den amerikanischen Konsularbehörden ihres Heimatlandes visiert sind, bevor sie ihr Vaterland verlassen. Das Visum wird ihnen nur erteilt, wenn sie die Erklärung abgeben, daß sie amerikanische Bürger werden wollen. Sie müssen dann sofort englisch lernen. Nach der Einwanderung nach einem Jahr von seinem Recht (das eine Pflicht ist), amerikanischer Staatsbürger zu werden, keinen Gebrauch, so kann er ausgewiesen werden. Einwanderer, die Amerika verlassen, bevor sie amerikanische Bürger geworden sind, werden künftig nicht mehr hineingelassen.

Nach den spärlichen Berichten zu urteilen, die bis jetzt über den Entwurf vorliegen, scheint er nicht direkt gegen Deutschland gerichtet zu sein. Er kann sich auch gegen die Italiener wenden, die bis zum Kriegseintritt ihr gleichfalls armes Land verlassen und in großer Zahl nach Amerika gewandert waren und gewöhnlich nach einigen Jahren mit ihren Gipsarbeiten zurückkehrten. Indirekt aber richtet sich das Gesetz sehr stark gegen uns. Seine Tendenz ist: Beschränkung der Einwanderung. Man fürchtet den deutschen Kuli ebenso wie den italienischen und japanischen Kuli. Es ist kennzeichnend, daß die amerikanischen Arbeiterverbände den Gesetzentwurf billigen, weil sie, wie die New Yorker Presse offen zugibt, sagen, die Konkurrenz und ein Sinken der Löhne fürchten.

Das Einwanderungsgezet richtet sich aber auch in anderer und wichtiger Hinsicht gegen uns. Wenn Deutschland leider gezwungen ist, viele seiner Söhne abzugeben, weil sie draußen bessere Arbeitsmöglichkeiten finden, so bleibt doch als Trost die Gewissheit, daß sie Deutsche bleiben, daß sie draußen für uns werden, daß die neuankommenden deutschen Kolonisten Konsumenten unserer Ausfuhrerzeugnisse werden, daß sie durch ihren Fleiß, ihre Mähtigkeit und Ordnung den Haß gegen uns mildern werden. Amerika würde von nun an ausschalten. Es will keine Einwanderer, die ihrem alten Staatsverband treu bleiben. Der einwandernde Deutsche soll innerhalb eines Jahres amerikanischer Bürger werden, er darf überhaupt das Gefühl Amerikas nur anlaufen, wenn er von vornherein die Absicht, sich naturalisieren zu lassen, kundgibt. Die deutschen Amerikaner würden uns also verlorengehen; ihre Seelen, ihre Intelligenz, ihre Kraft, ihr erworbenes Gut würden von dem großen reichen Amerika geschluckt werden.

Die Reichsregierung, die die Auswanderung zu zentralisieren bestrebt ist, wird dies beachten müssen. Sie wird die Scharen der Auswanderer dorthin zu lenken haben, wo die Gefahr nicht besteht, daß unsere Brüder und Schwestern dem Deutschen Reich und dem Deutschland abspenstig gemacht werden und in fremden Bldern mit fremder Sprache aufgehen. Unsere Auswanderer

sollen hinausfahren mit dem beiderseitigen Hoffnungs-
ruf: Auf froheres Wiedersehen! In jedem Falle aber:
Auf Wiedersehen!

Rundgebung des Kronprinzen Rupprecht.

Über der Dynastie steht das Land.
Der ehemalige Kronprinz von Bayern hat an den bayerischen Landtag eine neue Rundgebung gerichtet, in der er u. a. sagt:

„Daß ich selbst kraft der unbestreitbaren Tatsache einer 800-jährigen glücklichen und segensreichen Schicksals-gemeinschaft zwischen Bayern und Mittelbach die monarchische Staatsform für lebensfähig halte, wird jeder billig denkende Deutsche mir glauben und mir die Freiheit geben, es offen auszusprechen. Da ich aber in der Monarchie keinen Personenkult, sondern ein geistiges Prinzip sehe, steht für mich über jeder Dynastie das Land. Darum verlange ich von mir wie von jedem deutschen Fürsten, daß er sich vorbehaltlos der staatlichen Entwicklung seiner Heimat fügt und alle Veruche weit von sich weist, durch fremde Wünsche unterstützt, sich in den inneren Gestaltungsprozess einzumengen. Ich habe bereits Anfang November 1918 eine dahingehende öffentlich bekanntgewordene Versicherung abgegeben. Zum äußersten Zeichen meiner Entschlossenheit zu solcher Zurückhaltung und Einordnung in den Willen der Heimat habe ich fremdes Gezecht gesucht und gefunden, gerade weil ich mich mit meiner bayerischen Heimat so eng verbunden fühle. Das Einfügen in die Bedürfnisse der eigenen Heimat ist für die Deutschen jedes Stammes das Gebot der Stunde.“

Der Frieden vor der Pariser Kammer.

Verfaßtes, 4. September.
In der weiteren Debatte über den Friedensvertrag mit Deutschland führte Lorden als Regierungskommissar aus, der Vertrag beruhe auf drei Grundbegriffen: Sicherheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Man habe Deutschland alle seine offensiven Mittel nehmen müssen, um einen neuen Angriff unmöglich zu machen. Frankreich habe sich für den Frieden die Mitarbeit der Länder garantieren müssen, die geholfen hätten, den Krieg zu gewinnen. Es wäre tollkühn gewesen, einen Frieden zu schließen, der Frankreich nicht für die Zukunft jede Möglichkeit der Sicherheit biete. Es wäre aber auch tollkühn gewesen, einen Frieden zu schließen, der nicht die Zustimmung der Alliierten Frankreichs gefunden hätte. Infolgedessen habe die französische Regierung im Monat Februar die einzig mögliche Garantie — die geographische Garantie verlangt. Am 25. Februar sei der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht worden, das sich in allgemeinen Linien den militärischen Sicherheiten, die Marshall Joch aufgestellt hätte, angeschlossen habe, nur mit einer Ausnahme: Der Marshall habe

die Annexion von sieben Millionen Deutschen verlangt, die Regierung aber dagegen habe deren vollständige Unabhängigkeit und die Neutralität des linken Rheinufers gefordert. Diese Bedingungen hätten Widerstand erfahren, man habe keine provisorische Befestigung der Mittelrheine gewollt. Vor allen Dingen aber habe man die Beilegung alliierter Truppen an dieser Befestigung abgelehnt. Die Verhandlungen hätten gedauert bis zum 14. März, also bis zur Rückkehr des Präsidenten Wilson nach Frankreich. Dann seien England und Amerika mit dem Vorschlag des Garantieredens hervorgetreten, aber die französische Regierung habe erklärt, dieses Angebot genüge nicht. Frankreich brauche Garantien hinsichtlich der zukünftigen deutschen Armeen, die vollständige Neutralisierung des Rheingebietes und eine zeitlich begrenzte Befestigung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe. Auf dieser Basis habe man bis zum 20. April verhandelt und sei schließlich zu den Bedingungen gekommen, die der Friedensvertrag festsetze.

Die deutsche Einheit
habe die französische Regierung nicht zertrümmern wollen, aus Gewissens- und aus Klugheitsgründen. Wenn man einen Krieg führe für die Befreiung der Völker, dann dürfe man keinen Frieden schließen, der die innere Freiheit eines besiegten Volkes antaste. Wenn man Deutschland hätte zerstört, dann hätte man die Zustimmung einzelner Gliedstaaten teuer erkaufen müssen, und schließlich hätte man ihm ein Agitationsmittel in die Hand gegeben, dessen Macht groß gewesen wäre, weil es sich auf einer legitimen Grundlage aufgebaut hätte. Über den Einfluß Preußens hätte man in Deutschland verringern müssen, und dies geschähe durch den Friedensvertrag. Man habe Polen aus dem Körper Preußens herausgeschnitten, die lothringischen Bergwerke an sich genommen, im ganzen 84.000 Quadratkilometer von Preußen losgelöst. — Das sei eine Politik, die sich auf den Grundrissen der Alliierten aufbaue und durch die man Völker befreit habe. André Tardieu verteidigte alsdann noch die rheinische Politik Frankreichs.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Zu dem Beamteneid hat der Beamtenauschuß der deutsch-nationalen Volkspartei eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Durch die neue Reichsverfassung wird den Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung ausdrücklich gewährleistet. Es würde eine flagrante Verletzung dieser uns zugesicherten Grundrechte bedeuten, wenn man uns durch die Eidformel über die „gewissenhafte Beobachtung der Verfassung“ hinaus weitergehende Verpflichtungen auferlegen und die Freiheit der politischen Gesinnung beschränken wollte. Wir deutsch-nationalen Beamten erklären deshalb, daß wir den von uns verlangten Eid leisten werden, aber nur in dem Sinne, daß wir uns zur gewissenhaften Beobachtung der in der Verfassungsurkunde niedergelegten Bestimmungen verpflichten. Insbesondere behalten wir uns durchaus das Recht vor, im Rahmen der durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten andere staatliche Zustände zu erstreben.

+ „Räterepublik Danzig“. Aus Danzig wird gemeldet, daß die Kommunisten und die unabhängigen Sozialdemokraten nach der Proklamierung der Freistaates

das Räterepublik einrichten wollten. Nur die Befürchtung, die Entente könnte Danzig besetzen, und die Errungen-schaften der Revolution könnten auf diese Weise wieder verlorengehen, ließen sie davon Abstand nehmen. Unter den Arbeitern wird von den Kommunisten stark agitiert. Sie wollen durchaus eine Räteregierung einsehen. Die Mehrzahl der Arbeiter sieht aber diesen Bestrebungen ablehnend gegenüber. Vom Generalfreik und Rutschow-fuchen sieht man augenblicklich jedoch ab, weil man fürchtet, daß bei etwaigen Unruhen die Entente sofort Danzig be-setzen wird.

+ Zur Verminderung unserer Wehrmacht. Nach den halbamtlichen Berichten sollte der Reichswehrminister Noske in Darmstadt mitgeteilt haben, die Entente habe ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Herabminderung der deutschen Wehrmacht auf 200.000 Köpfe erst im nächsten Frühjahr zu erfolgen brauche. Nimmehr wird festgestellt, daß Herr Noske nur erklärt hat, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung müsse ein solcher Aufschub von der Entente verlangt werden.

+ Generalabwehrstreik im Elsass. Wie aus Borsach gedruckt wird, haben die Gewerkschaftskartelle Mülhausen, Colmar, Strassburg und Neuf erklärt, daß sie den General-streik proklamieren würden, falls die von den Franzosen angekündigte Ausweisung von 15.000 deutschen Arbeitern tatsächlich wird. Bekanntlich planen die Franzosen diese Ausweisung aus dem Grunde, weil sie Arbeitsstellen für die arbeitslosen Elssässer schaffen wollen, und weil sie sich weinern, die deutschen Arbeiter weiter zu ernähren.

+ Der Kommunist Herfurth als „Harter Mann“. Als besonders tapferer und harter Mann trat jenerzeit in den Berliner Räteresammlungen der sogenannte Kommunist Herfurth auf. Dagegen wendet sich nun eine Zuschrift von mehreren in Ost befindlichen Genossen des Herfurth an den „Sundskalken“, in der es heißt: „In verschiedenen Blättern waren Anspielungen, daß sich einzelne von den Schutzhaftgefangenen in der Ost nicht als Männer und Kämpfer benommen hätten. Wir haben an die Vollversammlung einen Protest gerichtet. Euch er-suchen wir, folgendes der Öffentlichkeit mitzuteilen: Der Arbeiterrat (A. B. D.) hat in Anwendung von Feigheit sich an die demokratische Fraktion und an den Kriegs-gerichtsrat Sohl gewandt. Dem Kriegsgerichtsrat Sohl erklärte Herfurth, daß er (H.), gegen jeden Streik sei und Noske sich mit dem Streikverbot im Recht befände. Er (H.) wäre schon immer gegen die Streiks gewesen und trotzdem hätte man ihn verhaftet. Der Kriegsrat Sohl war zwei Stunden in Herfurths Balle. Daraufhin erhielt H. Sprecherlaubnis mit seiner Frau, täglich eine halbe Stunde ohne Aufsicht eines Beamten. Bei den anderen Schutzhaftgefangenen wird strenge Kontrolle geübt. Wir anderen Schutzhaftgefangenen haben mit diesen Menschen nichts gemein.“

Ungarn.

+ Wie die Kommunistenführer haften! Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß die Kommunistenführer nach ihrem Sturz Auslassungen und altes Geld der Österreichisch-Ungarischen Bank im Gesamtwerte von 25 Millionen Kronen auf ihrer Flucht nach Österreich mitgenommen haben.

Ukraine.

+ Niew im Straßenkampf genommen. Der Ukrainische Pressedienst meldet: Nachdem der Widerstand der bolsche-wistischen Truppen bei Wolarka gebrochen worden war, sind die ukrainischen Truppen Belschur von Süden her in Kiew eingebrungen. In harten Straßenkämpfen wird die Stadt von den roten Truppen gesäubert.

Frankreich.

+ Die Alliierten und Rumänen. Nach dem „Echo de Paris“ hat der Oberste Rat der Alliierten die Lage geprüft, wie sie durch das lange Stillschweigen Rumaniens entstanden ist, das noch auf keine Note geantwortet hat, die ihm zugestellt wurde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß ernste Maßnahmen in Aussicht genommen sind, insbesondere der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Großbritannien.

+ Zur Verstaatlichung der Kohlengruben. Auf der Delegiertenversammlung des englischen Kohlenarbeiterverbandes beantragte der Vorstand, den Regierungs-vorschlag der Neuordnung der Kohlenindustrie abzulehnen. Der Gewerkschaftskongress dürfte sich zweifellos mit großer Mehrheit für die Nationalisierung aussprechen, aber die Kohlenarbeiter dürften nicht stark genug sein, um eine direkte Aktion zu erzwingen. Von den 2.855.000 auf dem Gewerkschaftskongress vertretenen Arbeitern stellen sie nur 700.000, die anderen Gewerkschaften dürften ihre Streikfonds für einen Generalstreik zu politischen Zwecken wie die Verstaatlichung der Kohlengruben nicht opfern, und die Kohlenarbeiter werden kaum eine Arbeits-einstellung deswegen wagen. Dennoch dürften sie ver-suchen, durch Verminderung der Produktion die Regie-rung zur Nachgiebigkeit zu zwingen.

Nordamerika.

+ Wilson und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Präsident Wilson hat in einer völlig unerwarteten Botschaft an die Nation mitgeteilt, daß er so schnell wie möglich eine Konferenz von Vertretern zusammenberufen werde, damit sie gemeinschaftlich durchgreifende Maß-nahmen erörtern können, die eine entscheidende Besserung des ganzen von Grund auf neu aufzubauenden Verhält-nisses zwischen Kapital und Arbeit schaffen.

Aus In- und Ausland.

Braunschweig. Die frühere Herzogin Viktoria Rulfe von Braunschweig, die Tochter Kaiser Wilhelms, wurde von einem schweren Anfall erkrankt.

Stettin. Der Arbeitersekretär Dümmer, Vorsitzender des Stettiner Gewerkschaftskartells, wurde zum kommissarischen Landrat des Kreises Uedom-Wollin ernannt.

Paris. Die Blätter melden, daß infolge der von der „Confederation generale du travail“ bei Clemenceau unterzeichneten Schritte dieser beim Obersten Rat bewirkte, daß Deutschland und seine Verbündeten zur Teilnahme an der Londoner Arbeiterkonferenz aufgefordert werden.

Versailles. „Temps“ teilt mit, daß die Unterdrückung des Artikels 61 der deutschen Verfassung vom Obersten Rat der Alliierten auf Veranlassung Clemenceaus verlangt wurde.

Bern. Die schweizerischen Blätter bemerken auf Grund einer Erklärung von ausländischer Seite die Meldung, wonach der österreichische Kaiser die Schweiz zu verlassen gedenke.

London. In Kairo sind nach der Aufhebung der Kriegsgesetze 28 Zeugen aus den letzten Aufstandsvorfällen ermordet worden, ohne daß die Täter ergriffen werden konnten.

Kopenhagen. Ludendorffs Kriegserinnerungen sind soeben in norwegischer und dänischer Sprache erschienen und gleich am ersten Erscheinungstage vollständig ausverkauft worden. Die Blätter widmen der Neuererscheinung seitenlange Würdigungen.

Kopenhagen. Das frühere Großherzogpaar von Mecklenburg-Schwerin, das seit ungefähr einem halben Jahr hier gewohnt hat, ist gestern nach Deutschland zurückgekehrt.

Lugano. General Cadorna und fünf seiner Unterbefehlshaber wurden auf Grund der Untersuchung wegen des Zusammenbruchs der italienischen Armee bei Karfreit in den Ruhestand versetzt.

Gefahr für unsere Ernährung.

Mangel an Brotgetreide.

Die Gegenwart kommt aus dem Schrecken nicht heraus. Waren die letzten Wochen erfüllt von der Furcht vor der immer wieder in den schwärzesten Farben geschilderten kommenden Kohlennot, so taucht neuerdings eine zweite, gleich schlimme Gefahr auf. Es ist nämlich unverkennbar die Rede von dem Zusammenbruch der Brotversorgung.

In den letzten Tagen hat das Reichsernährungsamt bekanntlich erklärt, daß infolge der Freigabe des Hafers die Brotversorgung der Bevölkerung aufs höchste gefährdet sei. Da Hafer, seitdem er aus der Zwangsbewirtschaftung entlassen ist, eine Preisaufwärtsbewegung durchgemacht — wie anscheinend alle Dinge, die dem freien Handel wieder zugänglich werden —, so wird eben Hafer nach Ansicht der Regierungsstellen mit aller Macht ausgedroschen, um ihn zu den teuren Preisen loszuschlagen zu können, während das Brotgetreide unausgedroschen liegen bleibt. So stellt sich bei unvorsichtiger guter Ernte ein Mangel an Brotgetreide heraus. Um Abhilfe zu schaffen, sollen Prämien für das Ausdroschen des Brotgetreides gezahlt werden, und zwar 150 Mark für die Tonne. Soviel brachte die Tonne Roggen vor dem Krieg im ganzen. Diese Druckschämien aus Reichsmitteln würden für die nächsten zwei Monate etwa 200 Millionen Mark ausmachen.

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte, führt dagegen als Grund für die mangelhafte Belieferung von Brotgetreide den Verlust der Provinz Posen und der Reichsgebiete Westpreußens an. Die Landwirte seien gezwungen, ihr wirtschaftliches Interesse wahrzunehmen. Das Blatt hält das Festhalten an der Zwangsbewirtschaftung für ein gefährliches Spiel.

Witterteile ist der Hafer, für den bekanntlich ein einflussreiches Druckverbot erfolgte, riesig im Preise gestiegen, etwa die Tonne um 180 Mark, trotzdem man von einer Reform der Preise spricht. Der diesjährige Ertrag wird auf acht Millionen Tonnen geschätzt. Aber auch bei anderen Produkten entwickelten sich nach ihrer Übergabe an den freien Handel riesige Preissteigerungen. Bei Süßfrüchten stiegen sich dem Friedenspreis von 13 Mark Preise von 140 Mark, 150 Mark, ja 170 Mark gegenüber. Viele Getreidehändler sollen sich bereits weigern, dies weiter mitzumachen, zum Teil vielleicht aus dem Grunde, weil sie die Strafbestimmungen über Wucher- und Kettenhandel fürchten.

Verhandlungen in Berlin.

In Berlin haben mittelmäßige Verhandlungen zwischen der Reichsgetreidebehörde und den landwirtschaftlichen Organisationen zwecks besserer Versorgung der Reichsgetreidebevölkerung mit Brotgetreide stattgefunden. Dem Vernehmen nach nahmen die Verhandlungen zunächst teilweise einen recht stürmischen Verlauf, da die gegenseitigen Meinungen der Landwirte und der Behörde hart aufeinander prallten. Die Vertreter des Landbundes verhielten sich gegenüber den angebotenen Maßnahmen der Reichsgetreidebehörde ablehnend. Von dieser Seite wurde offen ausgesprochen, daß man den baldigen Zusammenbruch der Zwangsbewirtschaftung in Getreide bestimmt erwarte. Die Regierungsvorsteher wiesen demgegenüber darauf hin, daß dieser Zusammenbruch zwar unvermeidlich sei, wenn die Zulieferungen von Brotgetreide

nicht nicht wesentlich berg-heran, was bekanntlich durch die Vorkriegspreise und das Hafendruckverbot erreicht werden soll, an der Zeit gaben sie aber auch zu verstehen, daß der Zusammenbruch der Zwangsbewirtschaftung die Gefahr des Vorkriegspreises für das Land heraufbeschwöre. Die Vertreter der Landwirtschaft zeigten mehr Entgegenkommen und versprachen, für eine stärkere Belieferung von Brotgetreide unter ihren Verhältnissen einzutreten.

Schließlich wurde die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher beschlossen, zur Klärung der Frage, ob die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung in Getreide notwendig und möglich ist und inwieweit ein Abbau vorgenommen werden soll. Aus den Kreisen der Landwirtschaft wurde eine baldige Aufhebung des Hafendruckverbots befürwortet.

Die Kartoffelversorgung.

Zu den Problemen, die der Übergang von der Zwangsbewirtschaftung zum freien Handel somit auslöst, tritt neuerdings auch die Kartoffelfrage. Der Kartoffelgroßhandel verlangt ebenfalls den Abbau der gebundenen Wirtschaft, versichert allerdings dabei, die Kartoffelhändler würden in der Lage sein, den Verbrauchern ausreichende Mengen von Kartoffeln zum Preise von 9 bis 10 Mark den Zentner zur Verfügung zu stellen. Das klingt nicht übel, zumal augenblicklich die Kartoffeln höher, mit 15 Mark, bezahlt werden müssen. Eine andere Frage ist es, ob die Händler das Versprechen der Preisermäßigung auch halten und ob sie Garantien in dieser Richtung liefern können. Denn vorläufig weiß man über den Ausfall der demnächstigen Ernte noch nichts. Die bisherigen Erfahrungen in den kurzen Wochen des Abbaus der Zwangsbewirtschaftung erwecken gerade keine rosigten Hoffnungen.

Jedenfalls scheint das schwergeprüfte deutsche Volk immer wieder vor neue Abgründe gestellt zu werden und der Tag, an dem es seines Lebens auch nur in dürftiger Weise froh werden könnte, ist in unabsehbarer Ferne gerückt.

Sofales und Provinzielles.

Halver, den 6. September.

□ Wo bleiben die Drachen? Nicht von den fabelhaften, geflügelten, furchtbar blickenden, feuerpeienden und mehrköpfigen, mit vergiftendem Hauch die Luft verpestenden Untieren, die in griechischen, nordischen und asiatischen Sagen vornehmlich Hüter von Heil- und Drafelquellen, Jungfrauen und Schätzen sind, soll hier die Rede sein. Diese Fabeltiere sind längst verschwunden und bringen sich höchstens in Gedächtnis, oder wenn bei ebeischen Auseinandersetzungen von „Hausdrachen“ die Rede ist, in Erinnerung. Die Drachen, die uns hier beschäftigen, sind das bekannte sogar bei den Maori auf Neuseeland beliebte Spielzeug, das durch sein Aufsteigen im Luftstrom Kinder und Erwachsene ergötzt. Der Spätsommer war früher die Jahreszeit des fröhlichen Drachenspiels. Setzt aber sieht man nur selten einen Drachen in der Luft, und wenn man schon einen erblickt, kann man sich fast immer überzeugen, daß es sich um kein kunstvolles Gebilde, wie sie in der „guten alten Zeit“ üblich waren, handelt, sondern um irgend einen Papierfetzen, der an einer Kriegserklärungsbaumel und in seiner ganzen Mäßigkeit dem Spiel des Windes preisgegeben wird. Klein und unansehnlich, als ob sie ein Opfer der Hungerblase der Entente geworden wären, sind auch die Drachen, die in den „autstündigen“ Läden feilgehalten werden. Wo sind die mannshohen Drachen von Anno dazumal, die man Hunderte von Metern hochsteigen ließ, und an denen man sich, wenn sie in stolzer Ruhe sich im blauen Äther wiegten oder in jähem Sturz sich zur Erde senkten, oft stundenlang ergötzen konnte. Und wie kommt es, daß in diesem Jahre der Drachen in den Läden fehlt und nur noch in den Bekanntmachungen der Postbehörden erscheint, die aus aller, lieber Gewohnheit vor dem Drachenskegeln warnen, um die Telephondrähte vor hängenden Papierfetzen zu schützen? Vielleicht ist daran der Mangel an Bindfaden schuld, denn ohne handfesten Bindfaden ist auch der schönste Drachen wertlos, und mit der Papierfetzen ist wahrhaft kein Staat zu machen. Vielleicht aber liegen jener Erscheinung auch andere Ursachen zugrunde. Vielleicht huldigt unsere Jugend jetzt andern Sportleiden, fasten als der des Drachenskegeln, oder es hat ihr der „politische Kampf“ — man denke nur an die Schülerstreiks und an die Schulbetriebsräte! — den weit harmloseren „Kampf mit dem Drachen“ für immer verleidet!

— Zur weiteren Förderung des barlosen Verkehrs und zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs hat die Reichs-Postverwaltung mit Wirkung vom 1. Oktober

ab folgende Neuerungen eingeführt. Wertzeichen im Betrag bis 100 Mk. dürfen am Postschalter gegen Scheck oder Ueberweisung sogleich vor deren Gutschrift verabsolgt werden, wenn der Käufer von seiner Bestellpostanstalt einen besonderen Ausweis erhalten hat, der bei jedem Einkauf am Schalter vorzulegen ist. Dieser Wertbetrag der zu verabsolgenden Wertzeichen wird auf 300 Mk. erhöht. Nachnahmeforderungen bis zum Gesamtbetrag von 300 Mk. können mit Scheck oder Ueberweisung beglichen werden, ohne daß deren Gutschrift abgewartet zu werden braucht, wenn der Empfänger solcher Sendungen von seiner Bestellpostanstalt auf schriftlichen Antrag einen Ausweis erhalten hat, der jedesmal bei der Einlösung von Nachnahmeforderungen vorzulegen ist. Der Höchstbetrag der auf solche Art von einem Empfänger zu gleicher Zeit mit Scheck oder Ueberweisung einzulösenden Nachnahmeforderungen ist nunmehr auf den Betrag festgesetzt worden, bis zu dem Postnachnahmen zulässig sind, zur Zeit 800 Mk. Auch ist gestattet worden, daß in den gleichen Grenzen und unter den gleichen Voraussetzungen wie bei den Nachnahmen Postaufträge zur Geldeinzahlung mit Scheck oder Ueberweisung eingelöst werden, ohne daß deren Gutschrift abgewartet wird. Postprotestaufträge und Postaufträge mit dem Vermerk „Sofort zurück“ oder „Sofort an N. in N.“ oder „Sofort zum Protest“ sind von der Begleichung mit Scheck oder Ueberweisung ausgeschlossen. Wer jetzt Telegrammgeldern Stunden läßt, muß als Sicherheit dafür bei der Postanstalt einen Vorschuß vorher einzahlen. Diese Sicherheit braucht künftig versuchsweise von der Postanstalt nicht mehr in Anspruch genommen zu werden, wenn der Teilnehmer am Stundungsverfahren einen entsprechenden Antrag stellt. Ebenso ist es für Inhaber von Fernsprecheinrichtungen, die mit Automaten statt mit gewöhnlichen Sprechapparaten ausgerüstet sind, nicht mehr erforderlich, dem vierten Teil der von ihnen für die Dauer des Vertragsverhältnisses zu gewährleistenden Jahreseinnahme als Sicherheit zu hinterlegen. Der Teilnehmer muß eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er für Minderbeträge haften und jeden Wechsel in der Person des Inhabers der Sprechstelle der Post unverzüglich mitteilen will. Zu den Zahlungen an Postkassen, die mit Privatbankchecks beglichen werden können, dürfen künftig allgemein auch Platzanweisungen benutzt werden.

— **Anbei ein Paket.** In Zukunft darf es auf der Paketkarte nur noch heißen: Anbei ein Paket, denn die Vergünstigung, daß auf eine Paketkarte drei Pakete aufgegeben werden können, ist vom Reichspostministerium aufgehoben worden, da die Beförderungsschwierigkeiten und die Massenaufgabe von Paketen eine glatte Durchführung der Paketbeförderung nicht mehr gewährleisten und es leicht vorkommen kann, daß bei dem Mangel einer Paketkarte das Paket in Verlust gerät.

— **Die Freimarke zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919** werden vom Publikum häufig zur Freimachung von Sendungen nach dem Auslande benutzt. Es sei daher nochmals darauf hingewiesen, daß diese Marken mit Rücksicht auf die entgegenstehenden Bestimmungen des Weltpostvertrages nur im innerdeutschen Verkehr Gültigkeit haben.

— **Verband der Kommunalbeamten von Westfalen.** Die Beamten der Städte und Gemeinden Westfalens treten am 14. September 1919 (Sonntag) in Hamm zu ihrer diesjährigen Haupttagung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: Befoldungsreform, Organisationsfragen, Fachkonferenzen, Beamten- und Angestellten-Ausschüsse, Ausbildungs-, Anwärter- und Lehrlingswesen und verschiedenes mehr. Die Gemeindebeamten Westfalens, die in ihren Verbänden neu gewerkschaftlich organisiert sind, werden hier zum erstenmal nach der Revolution Stellung nehmen zu den ihren Stand so einschneidend berührenden politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen.

— **Kriegsgefangenenheimkehr.** Es ist zu erwarten, daß Viele den Wunsch haben, ihre aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Angehörigen in den Durchgangslagern zu begrüßen. Durch die Besuche wird jedoch das Entlassungsgeschäft verzögert, besonders aber wird die unbedingt erforderliche Absonderung der Heimkehrer, die das Einschleppen ansteckender Krankheiten verhindern

nommen werden, so nun verweigert oder ledig, über ihr Vermögen zu disponieren, selbst auf ihrem Totenbett, aus Furcht, sie könne es dem enterbten Neffen zuwenden oder irgend einen Freund oder Liebhaber bereichern!

Sie hatte sich vorgenommen, ihre gewonnene Freiheit dazu zu benutzen, von Fallerhof zu entfliehen — irgend wohin — nur fort. Und jetzt —? Wahrscheinlich, wenn sie sich für Gold verkauft hatte, ihr war in diesem Augenblick ihr Lohn geworden. Nein, heiraten wollte sie nicht wieder, aber nicht etwa, weil der Wille des Verstorbenen es ihr verbot! Etwas wie Trost baute sie in ihrem Herzen auf, ein rebellischer Trost gegen die Tyrannei des Toten.

Hans, der seine Augen nicht von ihr gelassen, sah die wechselnden Empfindungen auf ihrem Gesicht, und es dünkte ihm, als müsse so ein Mensch aussehen, dem nach langer Kerkerhaft die Freiheit wiedergegeben wurde und dem man eben mitgeteilt hat, daß die Freilassung ein Verstum sei, und daß er wiederum die Ketten tragen müsse, ohne Aussicht auf Erlösung.

„Mein Gatte, Herr Faller,“ sagte Natalie nach einer schweigen Pause, indem sie sich stolz erhob und sich mit ruhiger Stimme an den Notar wendete, ohne irgend einen der Anwesenden zu beachten, „hatte das Recht, über sein Geld zu verfügen, wie es ihm beliebt. Ich habe ihm nichts zugebracht — habe also auch nichts, was ich als mein Eigentum von dannen tragen dürfte. Verkauften jedoch kann ich mich nicht zum zweiten Male und es wäre nichts anderes, wollte ich das Geld nehmen und meine Freiheit dafür opfern; denn auf Faller's Hof, den ich habe, mein Leben zu verbringen, hieße mich in lebenslängliche Kerkerhaft verurteilen. Was ich jetzt sage, ist keineswegs in der Aufregung gesprochen. Ich schlage das Geld nebst dem Besitz aus. Mag der rechte Erbe beides nehmen und mich in Frieden ziehen lassen.“

Alle Augen wandten sich bei den Worten von ihr ab und richteten sich auf Hans, einige mit vielfachem Lächeln, einige mit schadenfroher Miene.

„Nun, meine teure gnädige Frau,“ entgegnete Herr Braun, „das geht ja nicht. Erstens steht Ihnen keine Verfügung laut Testament über das Gut zu, sondern den Verwaltern, und zweitens haben Sie vergessen, daß, selbst wenn Sie sich wieder verheiratet, wenn Sie Faller's Hof auf länger als einen Monat verlassen, das Vermögen keineswegs auf den rechtmäßigen Erben überginge, sondern auf mich. Sie sehen also, daß Ihnen kein Weg offen geblieben ist, dem rechtmäßigen Erben Vorteile zu sichern.“

Revalinnen.

Novelle von Rudolf Elche.

12

Nachdruck verboten.

Es ist unnötig, den ganzen Wortlaut des Testaments zu wiederholen. Für verschiedene Freunde und Nachbarn waren kleine Geschenke und Legate ausgesetzt, und Trauben, welche mit dem Schlüssel zum Hofe in der Hand an der Tür stand, war mit fünfhundert Mark bedacht, was sie veranlaßte, den Schlüssel zum Hofe an die Augen zu führen. Weiter bestimmte der letzte Wille des Verstorbenen seine Gattin, Natalie Faller, zur Erbin seines Gutes wie seines gesamten Vermögens, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich nicht wiederverheiratet und elf Monate im Jahre auf Faller's Hof wohne. Zu Testamentsvollstreckern waren, meine geschätzten Freunde, die Herren Breitbach und Hempel, ernannt. Sollte jedoch die besagte Natalie Faller sterben oder sich wieder vermählen oder die Bedingung, elf Monate im Jahre auf Faller's Hof zu verleben, nicht erfüllen, so fiel der Besitz nebst gesamtem Vermögen, seinem lieben und vertrauten Freunde Herrn — die Stimme des Vorlesenden sank bei dieser Stelle zu einem Flüsterton herab — „Notar Braun“ zu.

Also selbst im Grabe noch behielt der verstorbene Pitter Faller Macht über sein Weib. Die tödliche Eifersucht, verbunden mit Haß, konnte nicht raffiniert handeln, als es in das Interesse eines als schlau bekannten Notars zu legen, der Witwe geringste Abweichung von dem Wege der Treue und des Gehorsams zu seinem Vorteil zu benutzen. Und als ob es damit noch nicht genug wäre, so sollte sie auch noch gezwungen sein, elf Monate im Jahre unter steter Aufsicht ihres Wächters zu leben. Es schien fast seltsam, daß ihr ein Monat der Freiheit gestattet wurde, aber vielleicht wollte der Tote noch im Grabe tun, daß es in seiner Macht lag, Gnaden auszuweisen. Jedenfalls aber konnte man zwischen den Worten des Verstorbenen eine ganze Geschichte von rasender Eifersucht, die selbst über das Grab hinaus reichte, und unbefriedigter Liebe herauslesen, die nicht einem andern den Besitz jener gönnte, die niemals ganz sein eigen war.

Braun war der erste, welcher das Schweigen brach. „Jetzt werden Sie wohl begreifen, Frau Faller, warum der Erblasser mich nicht dieses Testament aufheben ließ. Ich muß noch hinausgehen, daß noch verschiedene Umstände zu Grunde

liegen — doch, da ich diese Nacht näher erörtern kann, will ich sie lieber gar nicht weiter berühren. Ich versichere Ihnen jedoch, daß es mir eine große Erleichterung gewährt, den Mann, der folgerichtig die nächsten Ansprüche an das Erbe hat, Herrn Hans Faller, anwesend zu wissen. Er würde mich verbinden, wollte er dieses Testament, mit dem, wie Sie, gnädige Frau, wissen, ich nichts zu schaffen hatte, als daß ich es eben eröffnete, einer genauen Durchsicht unterwerfen.“

„Also der kurze Inhalt des langen Testaments ist, daß jeder Heller des Geldes Ihnen zufällt, wenn Frau Faller sich wieder verheiratet sollte?“ fragte Breitbach mit langem Gesicht, der als Vormund und Testamentsvollstrecker das Recht hatte zu sprechen, während Herr Rindskopf nur unruhig mit seinem Stuhle hin- und herlief.

„So ist es und alles, was ich dabei tun kann, ist, Frau Faller ein recht langes Leben zu wünschen, damit sie ihr Geld in Füllezeit und Wohlstand genießen kann. Herr Hans Faller,“ wandte sich der Notar hierauf an diesen, „ihn mit einem scharfen, vielsagenden Blick ansiehend, „Sie würden mir eine große Liebe erweisen, wollten Sie das Testament einmal durchsehen und einer genauen Prüfung unterwerfen.“

Aber Hans Faller hörte weder die Worte, noch sah er den Blick des glücklichen Advokaten. Seine Augen ruhten nur auf Natalie.

Auch sie war sich von dem ganzen Vorgang weiter nichts bewußt, als — daß die Hand Pitter Faller's sie selbst im Grabe noch festhielt. O, warum hatte er ihr nicht noch schließlich ein wenig Glück gewünscht! Gott im Himmel wußte, daß sie es nicht durch eine zweite Ehe gesucht haben würde. Wenn Schönheit und Jugend fast verschwunden sind, ist es nicht wahrscheinlich, daß eine Witwe einen Mann findet, zu dem sie genug Vertrauen hegt, um ihm ihr Leben nebst der goldenen Umfassung anzuvertrauen. Nein, Pitter Faller hätte ihr ruhig die Freiheit gönnen und die Beladigung erlassen sollen, welche er ihr zugleich mit seinem Golde auferlegte. Hatte sie ihm denn während der ganzen zehnjährigen Ehe nur den geringsten Grund zur Eifersucht gegeben? Hatte sie nur jemals mehr wie irgend nötig mit einem anderen Manne gesprochen? Nein, aber sie konnte wohl die Eifersucht begreifen, die aus unbefriedigter Liebe entspringt, und daß selbst ein Mann wie der alte Pitter Faller nicht mit einer Frau zufrieden ist, welche nur fast und ruhig ihrer Pflicht genügt. Aber noch nicht genug damit, auch die Beladigung mußte noch hinzugefügt werden, einen beständigen Spion in Person von Rechtsanwalt Braun über jede Handlung gesetzt zu sehen; es mußte ihr das Recht ge-

Example.

Statt besonderer Anzeige.



Heute morgen 4 Uhr entschlief sanft nach langem, schmerzvollem Leiden, im Krankenhause zu Altena, mein innigstgeliebter Bruder, unser lieber Neffe und Vetter

Heinr. Folkerts

im blühenden Alter von 16 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

**Johann Folkerts,
Familie Theodor Winter jr.**

Halver, Gelsenkirchen und Vlotho, den 4. September 1919.

Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Sept. vom Krankenhause in Altena aus, nachmittags 4 Uhr in Halver statt.
Von Beileidsbesuchen bittet man Abstand zu nehmen.

Amt Halver.

Ware Nr. 4 des Lebensmittel-Ausweises.
Abgabe erfolgt in der Zeit vom 8. bis 13. September ds. Js. auf

gelbe Warenkarte Nr. 92
grüne " " 86

nach folgendem Plane:
Lebensmittel-Ausweis-Nr.

Verkaufsstelle.

	a) Gemeinde Halver.
1-450	Konsumverein Halver, Kronprinzenstraße
451-650	Konsumverein Halver, Berlinerstraße
651-800	Konsumverein Halver Mühlenstraße
801-1200	Karl Isenburg, Halver
1201-1280	R. Reininghaus, Halver.
1281-1350	C. Goes, Schwenke.
1351-1520	Konsumverein Oberbrügge.
1521-1620	Konsumverein Schmidtsiepen.
1621-1800	Wih. Albers, Ehringhausen
1801-1900	Konsumverein Deckinghausen Paul Huffer, Halver,
	b) Gemeinde Schalksmühle.
1-400	Konsumverein Schalksmühle
401-540	Wm. Charl. Kettling, Schalksmühle.
541-593	Wm. Aug. Menges, Dahlebrück

Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann.

Gedränge in den Verkaufsstellen ist darum sinnlos.
Halver, den 4. Sept. 1919. Der Amtmann.

Ware Nr. 5 des Lebensmittel-Ausweises.
Abgabe erfolgt in der Zeit vom 8. bis 13. September ds. Js. auf

gelbe Warenkarte Nr. 93
grüne " " 87
rote " " 71

nach folgendem Plane:
Lebensmittel-Ausweis Nr.

Verkaufsstelle.

	a) Gemeinde Halver.
1-450	Konsumverein Halver Kronprinzenstraße
451-650	Konsumverein Halver Berlinerstraße
651-800	Konsumverein Halver, Mühlenstraße.
801-950	Wm. Karl Bauer, Halver
951-1200	Carl Fastenrath, Halver
1201-1280	Eugen Wellershaus, Halver
1281-1350	Karl Goes, Schwenke.
1351-1520	Konsumverein Oberbrügge.
1521-1620	Schmidtsiepen
1621-1800	Mag. Laifle, Oberbrügge.
1801-1900	Wm. Otto Hager, Ehringhausen Konsumverein Deckinghausen Rudolf Johann, Carthausen
	b) Gemeinde Schalksmühle
1-400	Konsumverein Schalksmühle.
401-492	Gust. Ackermann, Schalksmühle.
493-540	Wm. Th. Reeswinkel, Schalksmühle
541-593	Wm. A. Menges Dahlebrück

Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann.

Gedränge in den Verkaufsstellen ist darum sinnlos.
Halver, den 4. Sept. 1919. Der Amtmann.

Butterbrotpapier

in Rollen empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Kontoristin

für Stenographie
Schreibmaschine

und sonstige leichtere Kontorarbeiten sofort gesucht.

Schriftliche Angebote mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an

**Joh. Pet. Brune,
Schalksmühle.**

Obstpressen

empfiehlt

Jr. Wielich R.

Wipperfurth.

Telefon 6. Markt 3.

Cement

wieder vorrätig

Kali 40-42

Rainit

empfiehlt

Otto Ihler, Dhl. Bez. Cöln.

Eine gute, milchgebende

Biege

steht zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsst. des Allg. Anz., Halver.

Bisitenkarten zu haben bei Wm. Bell jr.

Spezial-Behandlung aller Haut- und Beinleiden

wie offene Beine, Krampfadern, nasse und trockene Flechten, Elephantiasis, Geschwülste, Rheuma, Gicht, Gelenkentzündungen u. Verdickungen, Skrophulose, Nervenleiden und Asthma ohne Operation, ohne Berufsstörung nach langjähriger erprobter Methode.

Hugo Dölz, Lüdenscheid

Stabergerstrasse 25,

Natur-Heil-Institut.

1567.

Sprechstunden: 9-12 und 3-6 Uhr, Sonntags: 9-11 Uhr.

Anordnung.

Auf Grund des § 5 der beiden Verordnungen zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 und 22. Juni 1919 wird zufolge Ermächtigung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 1. August 1919, 1. 4 Nr. 1099 für den Amtsbezirk Kierspe, umfassend die Gemeinden Kierspe und Rönshohl, folgende Anordnung erlassen:

§ 1. Die Vermieter haben jeden Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden und Werkstätten dem unterzeichneten Amtmann binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen und zwar unter Beachtung der Bestimmungen der Gemeindebehörde darüber, welche Angaben die Anzeige zu enthalten hat.

§ 2. Uebersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnräume, Läden oder Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl der unterzeichnete Amtmann innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Einigungsamte beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird; etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Besoldung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt.

§ 3. Aus einem Mietvertrage, der dem unterzeichneten Amtmann nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Ansehung der Ansprüche des Vermieters wirksam, wenn weder die Gemeindebehörde noch der Mieter innerhalb der in § 2 gedachten Frist eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzinses beantragt, wenn die Anträge auf Herabsetzung zurückgezogen werden, oder wenn das Einigungsamt über die Anträge entscheidet.

§ 4. Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. wird bestraft, wer vorsätzlich der gemäß § 1 erlassenen Anordnung zuwider eine ihm obliegende Anzeige nicht rechtzeitig erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

§ 5. Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Kierspe,

Rönshohl,

den 1. September 1919.

Die Gemeindebehörde: gez. Kleine, gez. Müller.

Der Amtmann: gez. Siltebrandt.

Stall Karlen.

Ihre Verlobung zeigen an:

**Erna Berker
Hugo Enneper**

**Klara Enneper
Paul Jäckel**

Schalksmühle

Bagedorn

Gummersbach

den 7. September 1919.

Amt Halver.

Trichinenschau.

Die Stelle des Trichinenschauers für den Bezirk Schalksmühle ist zu besetzen.

Bewerbungen werden bis zum 25. September ds. J. erbeten. — Kriegsbeschädigte, die sich körperlich in der Lage fühlen den Posten mit zu versehen, werden bevorzugt.

Halver, den 4. September 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

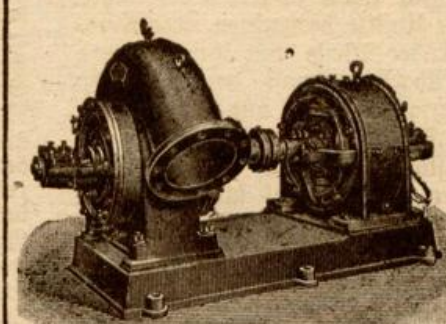
Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Hände unter dem Pferdebestande des Landwirts Herrn Schönenberg zu Verken erloschen ist.

Die zur Bekämpfung der Seuche angeordneten Befehrsbeschränkungen pp. sind aufgehoben.

Halver, den 3. September 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Wichtig für Kraftverbraucher!
Keine Kohlennot!



Kohlenerparnis durch vorteilhafte Ausnutzung vorhandener Wasserkraft mit unseren

S. C. H.

Schnellturbinen,

die wir seit Jahren als Spezialität mit großem Erfolge bauen. Drucksachen, Kostenanschläge usw. auf Wunsch.

Sundwiger Eisenhütte Maschinenbau - Aktiengesellschaft
Sundwig, Kreis Iserlohn. 1486

Herren-, Damen-, Kinder- Geldbörsen Papier-Geldtaschen

empfiehlt

in reicher Auswahl zu billigen Preisen

Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstr. 5.

Meine Sprechstunden sind wieder von
9 bis 4 Uhr.

Samstag nachmittag ist die Praxis geschlossen.

Fritz Zimmermann,

prakt. Zahnarzt,

Hagen i. W., Elberfelderstr., Ecke Kampstr.

Telephon 844.

Amt Lüdenscheid.

Lebensmittelverkauf.

In den Verkaufsstellen auf grüne Warenkarte Nr. 40, rote Nr. 41.

40 Gr. Buchweizenmehl 7 Pfg., 155 Gr. Gerstengröße 15 Pfg.
90 „ Griesmehl 6 „ 130 „ Feigwaren 17 „
470 „ Graupen 42 „ 45 „ Malagres 5 „

auf Speisefettkarte Nr. 11 für 2 Wochen:

38 Gr. Naturbutter 38 Pfg.

42 „ Margarine 29 „

205 „ Kunstspeisefett 2,67 Mk.

In den Mehlhandlungen auf Mehleinfuhr-Zusatzkarte Nr. 12.

250 Gr. amerik. Weizenmehl zu 43 Pfg. (das Pfd. 85 Pfg.)

In den Verteilungstellen:

Pasta für Kinder 1 Paket 67 Pfg.

In den Metzgereien auf Fleischkartenabschnitte der laufenden Woche

125 Gramm Fleisch Rindfleisch 80 Pfg.

Kalbsteck 65 „

30 Gramm Wurst 15 „

Lüdenscheid, den 3. September 1919.

Das Lebensmittelamt.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.